

PRESSE INFORMATION



Pressegespräch zum Thema:

**SPÖ-Landtagsklub startet Arbeitsplatz-Kampagne.
Was hat mein Arbeitsplatz mit der Landespolitik zu tun?
*Lasst uns arbeiten – und eure Zukunft sichern.***

Ihre Gesprächspartner:innen sind:

- SPÖ-Bezirksparteivorsitzende Braunau LAbg. Gabriele Knauseder, MSc.
- SPÖ-Bezirksparteivorsitzender Ried Bgm. Fritz Hosner
- SPÖ-Bezirksparteivorsitzender Schärding Karl Walch

Dienstag, 16. Dezember 2025, 10:00 Uhr

Ort: SPÖ-Bezirksgeschäftsstelle Braunau

Heute handeln, um OÖ-Arbeitsplätze für morgen zu sichern

Arbeit ist eine zentrale Lebensgrundlage und für viele von uns auch sinnstiftender Lebensinhalt. Nach Jahren des wirtschaftlichen Rückgangs steigen auch im starken Industriebundesland Oberösterreich die Arbeitslosenzahlen immer stärker. Wir sehen das als Grund aktiv auf die Menschen zuzugehen, den Dialog zu suchen und so gemeinsam Möglichkeiten zur Sicherung unserer guten Arbeitsplätze im Land zu entwickeln. Eine ganze Reihe von arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Initiativen haben wir bereits im Landtag eingebracht. Viele dieser Zukunftsinitiativen wurden von der Regierungskoalition achselzuckend abgelehnt. Die heutigen Umfrageergebnisse aber belegen, dass wir auf die richtigen Inhalte setzen – und diesen Einsatz zur Sicherung der Arbeitsplätze werden wir weiterführen. Stück für Stück bröckelt der schwarzblaue Widerstand – wie etwa beim Windpark Sandl bereits sichtbar wurde

Auch im Innviertel sind mehr Menschen arbeitslos als im Vorjahr

In den letzten Monaten hat die Rezession Österreich voll erwischt. Zahlreiche, leider auch große Betriebe, kamen in wirtschaftliche Schwierigkeiten und mussten Personal abbauen, man denke nur an die Krise bei KTM in Mattighofen. Die Arbeitslosigkeit hält sich leider konstant, insbesondere im Bezirk Braunau ist die Arbeitslosenquote nach wie vor eine der höchsten in ganz Oberösterreich, im November 2025 lag diese bei 6,1%. In Schärding und Ried erreicht die Quote aus den November-Zahlen jeweils 3,8%. Impulse für die regionale Wirtschaft können eine Stabilisierung bringen, wie sie vor allem Gemeindeinvestitionen bieten können – doch diese haben mit massiven finanziellen Herausforderungen zu kämpfen, die von einer verfehlten Haushaltspolitik von LH Stelzer ausgelöst und verschärft wurden. Deshalb nennen wir Handlungsfelder, wie wir neuen Aufschwung durch kommunale Investitionen und eine Landeswohnbauoffensive erreichen können und auch aus den Kommunen heraus etwas der steigenden Arbeitslosigkeit und dem immer teureren Leben entgegensezten können. Mit der Senkung von Landesumlage und Krankenanstaltenbeiträgen werden Gemeindemittel frei für anstehende Gemeindeprojekte und auch das Land muss begleitend mit einer Wohnbauoffensive dem Inflationstreiber Wohnungsmangel entgegenwirken.

Gemeinden in Finanznot: Lebensqualität vor Ort in Gefahr

Wie aus Anfragebeantwortungen der SPÖ im Landtag hervorgeht, konnten im Vorjahr 172 der 438 Gemeinden in Oberösterreich ihr Budget nicht ausgleichen. Sie sind auf Hilfen aus dem sogenannten Härteausgleichsfonds angewiesen und müssen als Bedingung dafür drastische Sparmaßnahmen treffen. Im Innviertel sind Gemeinden, wie etwa Schärding, Andorf, Utzenaich, Lambrechten, Auerbach oder Überackern betroffen. Für heuer wird aktuell sogar mit einem Anstieg auf 208 betroffene Gemeinden gerechnet.

Zusätzlich zur immensen Landesumlage von oberösterreichweit 150 Millionen müssen unsere Gemeinden auch horrende Krankenanstaltenbeiträge ans Land abliefern:

Die Stadt Braunau als größte Kommune des Innviertels muss 7 Millionen Euro aufbringen, in Ried sind es 5,2 Millionen Euro und in Mattighofen 3 Millionen Euro. Sogar Kleingemeinden wie Mayrhof müssen stolze 99.000 Euro abführen. Ein verhältnismäßig immenser Betrag, der dann bei Kernaufgaben einer Gemeinde wie Kinderbetreuung, Wasserversorgung, Wegenetz, Feuerwehren oder Sport- und Freizeiteinrichtungen fehlt. Die Finanzflüsse zwischen dem Land und den Gemeinden müssen deshalb rasch neu geordnet werden

Daher ist klar: Die Gemeinden müssen vom Landeshauptmann endlich nachhaltig entlastet werden, um ihre Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls wieder voll erfüllen zu können. Die Umlagen und Beiträge der Gemeinden an das Land gehören auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer gesenkt. Alleine dadurch würden den hiesigen Gemeinden über 200 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen. Geld, das sofort in Krabbelstuben, Pflegeeinrichtungen oder lebendige Ortskerne fließt – und damit nicht zuletzt die lokalen Betriebe stärkt.

Bei der gegenständlichen Studie von IFES gaben im Wahlkreis Innviertel 25 Prozent an, wenig oder gar nicht mit den Bildungsinvestitionen im Land zufrieden zu sein.

Aktuell warten 198 Pflichtschulen in OÖ auf eine Sanierung

Wie der SPÖ-Landtagsklub mit seiner alljährlichen Anfrage zu den Schulsanierungen im Land herausgefunden hat, haben sich die voraussichtlichen Baukosten der geplanten Projekte abermals massiv gesteigert. Aktuell sind 44 Projekte um zirka 73 Millionen Euro baureif und bewilligt, sowie weitere 154 Projekte mit einem Volumen von hochgerechnet 995 Millionen Euro genehmigungsfähig bzw. in der Vormerkung. Zusammengenommen sind das mehr als 1 Milliarde Euro an nötigem Investitionsvolumen. Auch im Innviertel waren 2025 Schulen in Altheim, Schildorn, Braunau oder Mauerkirchen teils schon seit vielen Jahren auf der Warteliste.

Auch im Innviertel ist Wohnraum knapp und wird immer teurer

Laut der Beantwortung einer Anfrage der SPÖ an Wohnbaureferent Haimbuchner ist die Anzahl der Oberösterreicher:innen, die für eine geförderte Wohnung gemeldet waren, im vergangenen Jahr erneut um 5.419 gestiegen: Von 51.635 im Jahr 2023 auf 57.054 im Jahr 2024. Auch bei uns im Bezirk Braunau waren 243 Haushalte auf der Suche nach einer geförderten Mietwohnung, in Ried waren es 913 und in Schärding 264. Ein Grund für diesen erneuten Ansturm auf den gemeinnützigen Wohnbau sind aus Sicht der SPÖ die in den letzten Jahren stark gestiegenen Lebenserhaltungskosten. So stiegen im Bezirk Braunau die Mieten für neuwertige Wohnungen ab 50m² um 3,1 Prozent auf mittlerweile 8,10 Euro pro Quadratmeter. Ried mit 8,73 Euro pro Quadratmeter und Schärding mit 8,19 Euro sind bereits etwas teurer in der Kategorie.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass im Wahlkreis Innviertel 39 Prozent mit der Landesregierung beim Thema leistbares Wohnen wenig oder gar nicht zufrieden sind. 82 Prozent der befragten erachten daher eine Wohnbauoffensive als eine gute oder sehr gute Idee.

Als SPÖ-Landtagsklub arbeiten wir aktiv gegen diese Entwicklung: Lasst uns arbeiten. Und eure Zukunft sichern.

Die topaktuellen IFES-Studienergebnisse zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb werden wir uns auch von kurzsichtigen Ablehnungen unserer Landtagsinitiativen durch die Regierungskoalition nicht bremsen lassen. Wir gehen daher raus zu den Menschen und informieren konkret über die notwendigen Schritte zur Sicherung der Arbeitsplätze. Wir erweitern die Landtagsarbeit über das Landhaus hinaus auf ganz Oberösterreich, auf alle Bezirke und werden gestärkt zurückkommen. Es wird sich zeigen, ob dann auch im Landtag eine Mehrheit für unsere arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Maßnahmen zu finden ist



Wir sichern die Zukunft:

- Gezielte Investitionen in moderne Bildungseinrichtungen, Verkehrswege und leistbares Wohnen schaffen Arbeitsplätze und stärken die Menschen im Land.
- Günstige Energie ist der Schlüssel, um die Industriearbeitsplätze im Land zu halten. Außerdem ist günstige Energie in Kombination mit leistbarem Wohnen zentral bei der Inflationsbekämpfung, was Oberösterreich im internationalen Wettbewerb hilft.
- Digitalisierung und KI entwickeln sich rasch, die Menschen erleben es und wissen, dass es sich auf ihre Arbeit auswirkt. Deshalb gilt es neben optimaler digitaler Infrastruktur auch die Veränderungsperspektiven durch individuelle Angebote je nach Branche aktiv zu begleiten – durch das Stärken von Stärken oder auch durch alternative Perspektiven. Entscheidend ist dabei Offenheit und Ehrlichkeit.

Diese bewussten, notwendigen Maßnahmen stellen gleichzeitig ein Konjunkturprogramm dar, das geeignet ist, um Oberösterreich aus der drei Jahre andauernden Rezession herauszuführen. Wir investieren in die Oberösterreicher:innen und sorgen dadurch für Wirtschaftswachstum sowie sichere Arbeitsplätze – heute wie morgen in Eberschwang so wie in Mattighofen. Gemeinsam für Oberösterreich. Gemeinsam für das Innviertel.

Lasst uns arbeiten. Und eure Zukunft sichern. Mit den richtigen Ideen, um eure Arbeitsplätze auch im Innviertel zu erhalten.

Deshalb gilt es zusätzlich hervorzuheben, wo wir dies bereits in der Vergangenheit mit Initiativen angestrebt haben: Um nur ein paar wenige zu nennen, hier ein paar Landtagsinitiativen:

- **Leistungsfähigen Wohnraum schaffen und Arbeitsplätze sichern**
- **Turbo bei den Schulsanierungen**
- **Lebensqualität in den Gemeinden sichern**
- **Hilfe für Frauen und Jugendliche am Arbeitsmarkt**
- **5-Punkte-Programm für Klimaschutz, leistbares Wohnen und Jobsicherheit**

Wir gehen raus, um die Menschen zu informieren! Das Gespür der Oberösterreicher:innen, dass Handlungsbedarf gegeben ist, ist ja schon da, wie die Umfragedaten zeigen. Jetzt werden wir gute Lösungen mit sozialdemokratischer Handschrift aufzeigen. Um Lösungen und um diese Inhalte geht es uns, weil genau das die Menschen in Oberösterreich brauchen.